

An

Gegen den Bescheid vom _____,
Nr. BG: _____

über die Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem
Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)

lege ich hiermit **Widerspruch** ein.

BEGRÜNDUNG:

Sie haben mir/uns zur Sicherung des Lebensunterhaltes für die Zeit vom
_____ bis _____ Leistungen bewilligt/nicht bewilligt.

Nach § 33 SGB X muss ein Bescheid inhaltlich hinreichend bestimmt sein. Der Ver-
waltungsakt muss gem. § 35 I SGB X begründet sein.

Mit obigem Bescheid haben Sie die mir/uns zustehenden Leistungen nicht in voller
Höhe bewilligt.

Aus dem Bescheid lässt sich nicht nachprüfen, wie sich die einzelnen Kürzungsbe-
träge errechnen.

Hierauf habe ich einen Anspruch. Die Begründungspflicht bei belastenden Verwal-
tungsakten entspricht dem rechtsstaatlichen Grundsatz, wonach der Bürger An-
spruch auf Kenntnis der Gründe hat, weil er nur dann seine Rechte sachgemäß ver-
teidigen kann (BVerfGE 6, 44; 40, 286; 49, 66; BSG, Urteil vom 10.06.1980 - 4 RJ
103/79).

Dem Bescheid mangelt es an der notwendigen Verwaltungstransparenz. Er ist
rechtswidrig.

.../2

Ich kann/wir können nicht nachprüfen, ob die Kürzungen beispielsweise bei

- Einkommen
- Vermögen

richtig berechnet sind und ob die Kosten für Unterkunft/Heizung sowie der befristete Zuschlag nach § 24 SGB II zutreffend bestimmt sind.

Ich darf Sie bitten, mir/uns die tatsächlichen Gründe die für Ihre Entscheidung maßgeblich waren, nachvollziehbar offenzulegen. Insbesondere wie die Kürzungsbeträge/gekürzten Leistungen errechnet wurden.

(Datum)

(Unterschrift)